

Schon wenn Sie die normale Webseite von [Finanztest](#) öffnen, springt Ihnen sofort die Werbung für Privatvorsorge ins Gesicht: „Riester ist in: Bis jetzt sind rund 10 Millionen Verträge unterzeichnet. Zu Recht. Denn sicher ist: Die gesetzliche Rente allein wird im Alter nicht ausreichen. Sicher ist auch: Riester-Verträge sind durch staatliche Zulagen, Steuervorteile und Garantien ein empfehlenswertes Altersvorsorgeprodukt.“ Das ist reine Propaganda und einem Test-Institut unwürdig. In der neuesten Ausgabe [Finanztest 5/08](#) wird Reklame für die Rürup-Rente gemacht. Von einem Versicherungsfachmann, der in diesem Bereich selbst gearbeitet hat, haben wir dazu eine Analyse erhalten. Der Kern seiner Aussage:

Erstens: So etwas rentiert sich erst, wenn man ziemlich alt wird.

Zweitens: Der Staat, und das sind wir alle, schaut in die Röhre. Weil wir mit unseren Steuerleistungen bezahlen, was die Versicherungswirtschaft für sich einnimmt. Albrecht Müller.

Zunächst die Eröffnungsseite des neuen Heftes auf der Internetseite von Finanztest:

Rürup-Rente

Altersvorsorge mit Steuerkick



15.04.2008

Für alle, die keinen Riester-Vertrag abschließen dürfen, gibt es eine Alternative: die Rürup-Rente. Vor allem Selbstständige und Freiberufler können so steuerbegünstigt Geld für das Alter ansparen. Finanztest hat 76 Angebote untersucht und sechs für „sehr gut“ befunden.

Und jetzt der Kommentar unseres Versicherungsfachmanns und Freundes der NachDenkSeiten:

Schon das Titelbild der neuesten Finanztest symbolisiert sehr gut das Produkt „Rürup-Rente“. Da schaut ein seitlich abgeschnittener, ernster und nachdenklicher Professor Rürup, auf seinem linken Auge fast blind, den Betrachter an. Der vielsagende Aufmacher „So gut ist die Rürup-Rente“, mit dem Gesichtsausdruck des Herrn Rürup gepaart, soll zum Kauf der Zeitschrift und nicht zur ironischen Betrachtung anregen. Verzichten wir auf ironische Kommentare und rechnen einfach mal einige Beispiele aus Finanztest nach:

Eine ledige Vierzigerin, die 25 Jahre lang 6.000 Euro übrig hat, erhält vom besten

Versicherer eine Garantierente von monatlich 741 Euro. Das bedeutet, dass sie nach Rentenbeginn über 8,5 Jahre warten muss, bis sie nur ihre eigene Nettoeinzahlung, also ohne Steuervergünstigung dazu gerechnet, wieder ausbezahlt bekommt - obendrein vorausgesetzt, sie hat immer den Spitzensteuersatz ansetzen dürfen. Je geringer der Grenzsteuersatz, um so länger wartet sie später auf ihr verliehenes Geld. Die Rürup-Rente hat es nun an sich oder in sich, dass die Renten versteuert werden müssen. Aus 8,5 Jahren werden dann fast 11,5 Jahre Wartezeit, wenn im Rentenalter der Einkommensteuersatz 25% betragen sollte. Erst danach beginnt eine positive Rendite!

Ein gleichaltriges Ehepaar (Einzahlungen wie oben), das für den Ehemann bei der Allianz eine Rürup-Rente mit 50%iger Witwenrente abschließt, erhält eine monatliche Gesamrente von 637 Euro (siehe FINANZtest Seite 23). Somit beträgt die Verweildauer, bis die Netto-Beiträge wieder zurückgeflossen sind, gut 10 Jahre nach Rentenbeginn, falls der Ehemann so alt wird. Stirbt der Ehemann zufällig bei Rentenbeginn, muss die Ehefrau natürlich 20 Jahre (ab Rentenbeginn) warten, bis die an sie gezahlten Renten den Netto-Einzahlungen entsprechen. Erst danach beginnt die positive Rendite! Das setzt jeweils voraus, dass die Rentenzahlungen einkommensteuerfrei sind. Falls auch hier Einkommensteuer für die Rente anfallen sollte, verschiebt sich der Zeitpunkt, ab dem sich die Rürup-Rente erst lohnt, natürlich nach hinten. Das soll sich lohnen??

Stolz präsentiert Finanztest einen Klinikdirektor mit Ehefrau, einen Rhetoriktrainer und - ohne Bilddokument - die weiteren 602.000 Menschen, die bisher eine Rürup-Rente abgeschlossen haben; Zeugen, die nur aus steuerlichem Motiv gehandelt haben. Einfache Berechnungen wie oben werden einfach nicht ausgeführt.

Nun aber zu den staatlichen (Spät-)Folgen der Rürup-Rente:

Der Staat verzichtet in den oben angeführten Beispielen, die von Finanztest präsentiert wurden, auf Steuereinnahmen von jeweils 55.288 Euro (pro Spitzensteuersatz-Besitzer), das sind 55.288 Euro zuviel für eine Einkommensgruppe, die diese Subvention nicht benötigt. Das ist ein staatlich verordneter Skandal. Gut verdienende Ärzte, Rechtsanwälte, Rhetoriktrainer, Immobilienmakler ... werden einerseits von Staats wegen in schlechte Anlageprodukte dirigiert und andererseits fehlen gerade diesem Staat später die Einnahmen, um die notwendigen Investitionen zu tätigen und übrigens auch die Versprechungen für eine Chancengesellschaft (CDU), für Chancen für alle! (CSU) und für Chancengerechtigkeit (SPD) verwirklichen zu können. Politiker reden zur Zeit viel von und über Chancen, zugleich verspielen sie aber die Chance, ihren Wählern eine sichere Zukunft zu geben.